

MORNING NEWS

21. August 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	25.983,04	-108,29	-0,42	26.091,33	DJ 30	52.759,21	-703,84	-1,32	53.463,05
MDAX	31.715,53	-106,94	-0,34	31.822,47	NASDAQ	29.213,16	-212,86	-0,72	29.426,02
TEC DAX	4.058,68	19,03	0,47	4.039,65	Nikkei 225	65.882,34	-334,45	-0,51	66.216,79
Euro Stoxx50	6.422,06	-22,40	-0,35	6.444,46	Hang Seng	25.883,24	184,75	0,72	25.698,49
Bund Future	123,77	-0,13	-0,10	123,90	Euro / US-\$	1,1692	0,00	0,12	1,1678
Gold in US-\$	4.541,05	24,47	0,54	4.516,58	Öl (Brent) US-\$	93,51	-0,27	-0,29	93,78
Bitcoin / US-\$	75.008,09	2.344,28	3,23	72.663,79	Ethereum / US-\$	2.354,50	36,42	1,57	2.318,07

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	26.013	+30
NASDAQ Future	29.332,75	+32,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	185,67	0,03	0,00	185,64	217,09	1.512.370,00
Nokia OJ	8,68	-0,07	-0,01	8,75	10,15	73.182.795,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	August	09:30	52,1 (52,2)
D	PMI Dienste, vorab	August	09:30	50,1 (49,8)
D	PMI Composite, vorab	August	09:30	51,3 (51,3)
EWU	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	August	10:00	51,8 (51,9)
EWU	PMI Dienste, vorab	August	10:00	51,5 (51,7)
EWU	PMI Composite, vorab	August	10:00	51,7 (52,0)
USA	Bloomberg Wirtschaftsumfrage USA	August	12:00	n/a
USA	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	August	15:45	54,0 (53,9)
USA	PMI Dienste, vorab	August	15:45	54,0 (54,6)
USA	PMI Composite, vorab	August	15:45	53,9 (54,5)
EWU	Verbrauchervertrauen, vorab	August	16:00	-16,0 (-15,9)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	n/a	10-jährige Bonds	+0,052	4,70%
Volumen NASDAQ	n/a	30-jährige Bonds	+0,055	5,24%

(/)=Vortag

Steigende Anleiherenditen, enttäuschende Quartalszahlen des Einzelhandelsriesen Walmart und anziehende Ölpreise haben der Wall Street am Donnerstag Kursverluste eingebracht. Der US-Standardwerteindex Dow Jones verlor

1,3 Prozent auf 52.759 Punkte. Der technologielastriche Nasdaq.IXIC gab 1,0 Prozent auf 26.067 Zähler nach und der breit gefasste S&P 500.SPX 0,9 Prozent auf 7641 Stellen.

Walmart fielen deutlich, nachdem der Konzern die Erwartungen beim flächenbereinigten Umsatz verfehlt hatte. Gestiegene Benzinpreise hätten die Kunden zu Ausgabenkürzungen gezwungen, so der Konzern. Der Bericht zog die **S&P-Indizes für Basiskonsumgüter und Nicht-Basiskonsumgüter** nach unten. Dies drückte Konkurrenten wie **Costco**, **Dollar Tree** und **Albertsons** mit ins Minus.

Der Preisanstieg bei der US-Rohölsorte **WTI** auf über 87 Dollar verstärkte die Sorgen um die Konsumlaune. "Es stellt sich die Frage, wie widerstandsfähig die Verbraucher angesichts der anhaltend hohen Benzinpreise und des Inflationsdrucks sein können", sagte Mona Mahajan, Investmentstrategin bei Edward Jones. Sie verwies darauf, dass Anleger nach den jüngst schwach ausgefallenen Einzelhandels- und Arbeitsmarktdaten für Juli ohnehin nervös seien.

Zusätzlich belasteten **steigende Anleiherenditen** den Aktienmarkt. Zwar hatten die Indizes am Mittwoch noch zugelegt, nachdem das US-Finanzministerium eine Ausweitung seiner Anleihe-Rückkäufe angekündigt hatte, um den Renditeanstieg zu bremsen. Am Donnerstag zogen die **Renditen der zehnjährigen und 30-jährigen** Staatspapiere jedoch wieder an. Daran änderten Aussagen von US-Finanzminister Scott Bessent, der eine weitere Erhöhung des Rückkaufvolumens in Aussicht stellte, nur kurzzeitig etwas. "Die Märkte sahen sich heute mit einigen Gegenwinden konfrontiert", sagte Mahajan. Dazu gehöre der erneute Renditeanstieg, den es trotz des Eingreifens des Finanzministeriums gegeben habe. Die Beruhigung am Anleihemarkt habe sich binnen 24 Stunden wieder ins Gegenteil verkehrt.

Der Nicht-Basiskonsumgütersektor gehörte zu den größten Belastungsfaktoren für den Leitindex. Schwergewichte wie **Amazon** und **Tesla** fielen hier besonders ins Gewicht. Auch die treibstoffabhängigen Kreuzfahrtanbieter **Royal Caribbean** und **Carnival** gaben nach.

Der Energiesektor profitierte hingegen vom fünften Ölpreis-Anstieg in Folge, der durch ins Stocken geratene Friedensgespräche zwischen den USA und dem Iran sowie Lieferausfälle im Nahen Osten ausgelöst wurde.

Kryptowerte wie **MicroStrategy** und **Coinbase** legten zu, nachdem US-Präsident Donald Trump den Kongress zur Verabschiedung eines Krypto-Gesetzes aufgefordert hatte.

Aktien des Landmaschinenherstellers **Deere** stiegen nach einer Anhebung der Jahresgewinnprognose. Papiere des Kosmetikkonzerns **Coty** und des Autoteilehändlers **Advance Auto Parts** sackten nach enttäuschenden Ausblicken ein. Das Biotech-Unternehmen **Moderna** gab einen Teil seiner exorbitanten Gewinne vom Mittwoch wieder ab.

US Unternehmen

Abbott vergleicht sich für 670 Millionen US-Dollar in einem Verfahren im Zusammenhang mit Spezialnahrungen für Frühgeborene. Der US-Pharmakonzern legt damit etwa 2.000 anhängige Klagen Betroffener bei (bloomberg).

Marktmeldungen

Das Nato-Mitglied **Norwegen** hat am Donnerstag seine **Militärpräsenz in der Arktis** mit dem Ausbau einer im vergangenen Jahr aufgestellten Brigade verstärkt. Die Finnmark-Brigade in der Region an der russischen Grenze wird um ein Artilleriebataillon, eine Flugabwehrbatterie und eine Kommunikationskompanie erweitert. "Das ist ein völlig anderes Maß an Feuerkraft als bisher", sagte der Kommandeur der Brigade, John Olav Fuglem, der Nachrichtenagentur *Reuters*. "Wir werden auf jede Bedrohung und jeden Angriff auf Norwegen und die Nato reagieren. Wir werden jeden Zentimeter verteidigen", fügte Verteidigungsminister Tore Sandvik im selben Interview hinzu.

Die **polnische Regierung** plant eine **befristete Erhöhung der Körperschaftssteuer für große Energieversorger und Kraftstoffunternehmen**. Mit den Einnahmen sollen Hilfen für energieintensive Industrien finanziert werden. Der Steuersatz solle im Jahr 2027 von derzeit 19 Prozent auf 30 Prozent steigen, hieß es in einem veröffentlichten

Gesetzesentwurf. Betroffen seien Unternehmen aus den Bereichen Öl, Gas und Strom mit einem Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro. In den Folgejahren soll die Steuerbelastung schrittweise sinken: auf 26 Prozent im Jahr 2028 und 23 Prozent im Jahr 2029, bevor sie 2030 wieder das ursprüngliche Niveau von 19 Prozent erreicht (Reuters).

Nach den regierungskritischen Protesten steht **Serbien** vor **vorgezogenen Neuwahlen** im Oktober. Präsident Aleksandar Vucic nannte am Donnerstagabend in einer Ansprache im Fernsehen den 18. oder den 25. Oktober als Termin. Der Populist hatte am 27. Juni nach rund eineinhalb Jahren regierungskritischer Proteste erklärt, er werde innerhalb von Wochen zurücktreten, um den Weg für vorgezogene Parlaments- und Präsidentschaftswahlen freizumachen. Nun nannte er erstmals mögliche Termine. Wann er sein Amt niederlegen will, um die Neuwahl des Präsidenten auszulösen, ließ er am Donnerstag aber weiter offen (Reuters).

Die **USA** werden nach den Worten von Finanzminister Scott Bessent "**die härtesten Sanktionen der Geschichte**" gegen den **Iran** verhängen. Der Fokus auf wirtschaftliche Maßnahmen werde die Notwendigkeit neuer, größerer Militäroperationen gegen die Regierung in Teheran verringern, sagte Bessent. Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump gedroht, einen "Wirtschaftskrieg" gegen Iran zu führen. Er hatte zudem vor wirtschaftlichen Konsequenzen für jedes Land gewarnt, das dem Iran "irgendeine Art von Rettungsanker" zuwerfe (Reuters).

Der **Schiffsverkehr** in der strategisch wichtigen **Straße von Hormus** halbiert sich im Vergleich zum Vortag auf sieben Frachter. Das geht aus Daten des Analyseunternehmens Kpler hervor. Unter den Schiffen befinden sich demnach weder große Rohöl- noch Flüssiggastanker (LNG). Hintergrund des Rückgangs sind wachsende Sorgen um die Sicherheit der Schifffahrt im Nahen Osten, während die Friedensgespräche zwischen den USA und dem Iran stocken (Reuters).

Bei einem **ukrainischen Angriff** sind auf der von Russland annektierten Schwarzmeer-Halbinsel **Krim** nach Angaben der Besatzungsbehörden zwei Menschen getötet worden. Weitere drei seien bei der Attacke im Umland der Stadt Simferopol verletzt worden, teilte der von Moskau eingesetzte Statthalter Sergej Aksjonow bei Telegram mit. Andernorts gebe es einen weiteren Verletzten. Details nannte Aksjonow nicht (dpa/AFX).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj hat nach massiven russischen Luftangriffen erneut auf den Mangel an **Flugabwehrraketen** hingewiesen und an die Partner seines Landes appelliert. "Es sind Raketen für Patriots nötig, das können nur unsere Partner bereitstellen", sagte er in einer abendlichen Videoansprache. Es gehe nicht um Geschenke, sondern um die Bereitschaft der Ukraine, Waffen zu kaufen (dpa/AFX).

Die **Kerninflation** in **Japan** hat sich im Juli beschleunigt und damit die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Zinserhöhung durch die Notenbank erhöht. Der Kernindex der Verbraucherpreise, der frische Lebensmittel ausschließt, stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,8 Prozent. Dies entsprach den Erwartungen der Analysten. Im Juni hatte die Rate bei 1,6 Prozent gelegen. Als Grund für den Anstieg gilt, dass Unternehmen die höheren Importkosten an die Verbraucher weitergeben. Diese resultieren aus einem schwachen Yen sowie den Folgen des US-israelischen Krieges gegen den Iran. Die am Freitag veröffentlichten Daten könnten eine wichtige Rolle bei der nächsten Zinssitzung der Bank of Japan (BOJ) am 17. und 18. September spielen. Experten gehen davon aus, dass die Währungshüter den Leitzins dann von einem Prozent auf 1,25 Prozent anheben werden (Reuters).

China will seine **schwächelnde Wirtschaft** mit weiteren **fiskalpolitischen Maßnahmen** stützen. Die Regierung werde rechtzeitig auf die wirtschaftlichen Entwicklungen reagieren, kündigte Vize-Finanzminister Liao Min an. Die Staatsausgaben sollten weiter optimiert werden, wobei der Schwerpunkt stärker auf Investitionen in die Bevölkerung und der Ankurbelung des Binnenkonsums liegen müsse, sagte er. Zudem wolle die Volksrepublik ihre Finanz- und Steuerreformen vertiefen. Die Verhinderung neuer, versteckter Schulden der Lokalregierungen müsse dabei eine "eiserne Disziplin" bleiben, erklärte Liao weiter (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Bei dem südkoreanischen Autobauer **Hyundai Motor** haben die Beschäftigten am Freitag den ersten **Großstreik** seit zehn Jahren begonnen. Hintergrund sind festgefahrene Tarifverhandlungen, in denen die Gewerkschaft ein höheres

Renteneintrittsalter sowie den Schutz von Arbeitsplätzen vor Künstlicher Intelligenz (KI) und Automatisierung fordert. Neben höheren Boni verlangen die Arbeitnehmervertreter Garantien für den Erhalt von Stellen, da der Konzern ab 2028 den verstärkten Einsatz von humanoiden Robotern plant. Der eintägige Ausstand, an dem sich auch Beschäftigte der Schwesterfirma **Kia** sowie Beschäftigte von Zulieferern beteiligen, spiegelt die wachsende Unruhe in der südkoreanischen Arbeitswelt wider (Reuters).

Gesundheitswesen

Der Gesundheitskonzern **Fresenius** baut seine Beteiligung am Dialyseanbieter **Fresenius Medical Care** (FMC) weiter ab. 7,8 Millionen FMC-Aktien im Wert von rund 300 Millionen Euro seien an institutionelle Investoren abgegeben worden, teilte der Konzern am Donnerstag nach Börsenschluss mit. Fresenius reduziert seinen Anteil damit auf rund 25,0 von 27,8 Prozent. "Mit diesem Schritt schaffen wir zusätzlichen Spielraum, um Kapital gezielt in unsere Wachstumsplattformen zu investieren", sagte Fresenius-Chef Michael Sen. Mit dem Erlös will Fresenius aber auch Schulden abbauen (Reuters).

Die Roche-Tochter **Genentech** baut ihre **Produktion in den USA** aus. Wie die Gesellschaft mitteilte, investiert sie rund 750 Millionen US-Dollar in eine neues Werk an seinem Standort in Hillsboro im Bundesstaat Oregon (bloomberg).

Sonstige

Der Ticketvermarkter und Konzertveranstalter **CTS Eventim** hat im ersten Halbjahr dank des florierenden Geschäfts mit eigenen Festivals kräftig zugelegt. Der Umsatz stieg um 17 Prozent auf 1,51 Milliarden Euro, wie das Unternehmen am Donnerstagabend in München mitteilte. Das operative Ergebnis (Ebitda) konnte dabei nicht ganz mithalten und legte um zwölf Prozent auf 225,4 Millionen Euro zu. Die operative Umsatzrendite sank auf 14,9 von 15,5 Prozent in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres. In der Ticketing-Sparte hätten ein veränderter Geschäftsmix und ein Sparprogramm auf die Rendite gedrückt, erklärte CTS Eventim. Das Geschäftsmodell sei "die Basis, um unseren nachhaltigen Wachstumskurs auch in den kommenden Jahren fortzusetzen", sagte Vorstandschef und Großaktionär Klaus-Peter Schulenburg. Für das Gesamtjahr bleibt CTS Eventim aber bei seiner vorsichtigen Prognose: einem allenfalls leichten Zuwachs von Umsatz und Ebitda. Unter dem Strich blieb im ersten Halbjahr ein Gewinn von 120,4 Millionen Euro, der gut ein Drittel höher war als ein Jahr zuvor. CTS Eventim ist der größte Ticketanbieter in Europa und nach eigenen Angaben der zweitgrößte Konzertveranstalter weltweit. Das Unternehmen verkauft die Eintrittskarten für Welttourneen unter anderem von Taylor Swift, Ed Sheeran und Iron Maiden und veranstaltet Festivals wie "Rock im Park" und "Rock am Ring". Während die Live-Entertainment-Sparte im Halbjahr mit fast 20 Prozent stärker wuchs als der Ticketverkauf für andere Veranstalter (plus 14 Prozent), kehrte sich der Trend im zweiten Quartal um. Das Ticket-Geschäft ist weniger als halb so groß wie die Veranstaltungs-Sparte, aber weitaus profitabler (Reuters).

Technologie

Der südkoreanische Speicherchip-Hersteller **SK Hynix** erwägt einem Zeitungsbericht zufolge den Bau einer **Fabrik in Japan**. Das Unternehmen könnte einen zweistelligen Billionenbetrag in der Landeswährung Won in das Projekt in der Präfektur Miyagi investieren, berichtete die Zeitung "Hankyoreh" unter Berufung auf Insider. Mit der Investition im Nordosten des Landes wolle der Konzern seine Produktionskapazitäten angesichts der weltweit wachsenden Nachfrage nach Speicherchips ausbauen. Der Vorsitzende der SK Group, Chey Tae-won, habe die Region, die als eines der japanischen Zentren für die Halbleiterindustrie gilt, kürzlich besucht. Sollten die Pläne umgesetzt werden, wäre dies dem Bericht zufolge die erste groß angelegte Investition eines südkoreanischen Chip-Herstellers in eine japanische Halbleiterfabrik (Reuters).

Brasilien will verstärkt in **Künstliche Intelligenz** (KI) investieren und dabei die Projekte zwischen Unternehmen aus den **USA** und **China** teilen. Damit will das größte Land Südamerikas seine Beziehungen zu beiden Großmächten ausbalancieren. "Die Strategie besteht darin, nicht von einem einzigen Unternehmen, einer einzigen Technologie oder

einem einzigen Land abhängig zu sein", hieß es in einer Erklärung der Regierung von Präsident Luiz Inacio Lula da Silva am Donnerstag. Ziel sei es, die nationale Souveränität über Daten zu stärken (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

